für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÄ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Aktion Sterben

Die letzte Chance für notleidende Hausherren



Die bürgerliche Regierung, die von 1966 bis 1970 amtierte, durchlöcherte das Mieterschutzgesetz, um den (bekanntlich verarmten und notleidenden) Hausherren zu höheren Mietzinseinnahmen zu verhelfen. Die sozialdemokratische Regierung, die seit 1970 mit gütiger Hand unsere Geschicke lenkt, sah sich deshalb genötigt, mit der Erhöhung der staatlichen Mietzinsbeihilfe einen sozialen Ausgleich zu schaffen, damit nun wiederum die Mieter die beträchtlich gestiegenen Mietzinse bezahlen könnten. Selbstverständlich war es dem Staat nicht möglich, ausnahmslos allen Mietern mehr Beihilfe zu zahlen, denn das wäre zu sehr ins Geld gegangen. Es mußte also eine gewisse Auslese in Hinblick auf die Bedürftigkeit getroffen werden, und so kam es, daß ein Arbeiter — genauso wie vor 25 Jahren — jeden Monat ganze 30 Schilling kriegt, trotz Inflation und erhöhter Miete. Der Herr Bundeskanzler, die Minister, Landeshauptleute und sonstige Bedürftige hingegen erfreuen sich inzwischen einer monatlichen Mietzinsbeihilfe von zehn- bis elftausend Schilling, so daß sich heutzutage gottlob auch schon der ärmste Minister in eine herrschaftliche Villa einmieten kann.

Die Regierung Kreisky hat somit, wie wir sehen, an sich gedacht. Nicht gedacht hat sie allerdings daran, daß manche Hausherren keine Villen zu vermieten haben, sondern in ihren zum Teil noch dem Mieterschutzgesetz unterliegenden Zinskasernen darauf warten müssen, bis endlich ein Mieter stirbt, weil sie nur dann die Wohnung teurer weitervermieten dürfen. Wie qualvoll dieses Warten für einen Hausbesitzer sein kann, das sei am Beispiel des Wiener Hausherren Adolf Sk. erläutert, der schon längst an seiner Zweizimmerwohnung in der Lustkandlgasse gut verdient hätte, wäre der 95jährige Mieter Siegfried Hift nicht mit einer geradezu aufreizenden Gesundheit gesegnet.

Adolf Sk. versuchte deshalb, dem Schicksal ein wenig nachzuhelfen. Er rief nachts — insgesamt siebenmal — den 95jährigen an und erklärte ihm mit verstellter Stimme: „Hier spricht der Sensenmann — morgen komm' ich dich holen!" Doch der Alte, ein ungemein zäher Bursche, bekam keinen Herzschlag, und sogar angesichts einer schriftlichen Todesdrohung blieb er uneinsichtig und am Leben. Als dann der listenreiche Adolf Sk. als Täter ertappt wurde, da machte er kein gutes Geschäft, sondern ganz im Gegenteil eine schlechte Figur. Vor Gericht nämlich. Sein Glück im Unglück war, daß wir in einem Rechtsstaat leben, das heißt, daß bei uns in Österreich bessere Menschen kaum je bestraft werden. Und ein Hausherr ist ja allemal noch was Besseres. So wurde der Hausherr, dem die Endlösung der Mieterfrage versagt geblieben war, zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt — was in der Praxis einem Freispruch gleichkommt. •

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,— Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,— *Nummer 108, Dezember 1975*

Skandale in Österreich und anderswo



Wenn in Rußland ein paar Gauner verurteilt werden, die sich sozusagen auf ortsübliche Weise bereichert haben, so wird das von der „Volksstimme" als Errungenschaft des Sozialismus gepriesen. In Wirklichkeit allerdings müssen in Rußland nur jene Korruptionisten mit Kerkerhaft und manchmal sogar mit dem Leben bezahlen, deren betrügerische Machenschaften derart gigantisch zum Himmel stinken, daß man sie den arbeitenden Menschen gegenüber beim besten Willen nicht mehr vertuschen kann.

„Zur Verantwortung gezogen" werden außerdem immer nur die kleinen Mittelsmänner, die es noch nicht so weit gebracht haben, daß sie Machtpositionen besitzen und damit unangreifbar sind. Aber das ist eben das Risiko, das es zu tragen gilt, wenn man nur ein kleiner Fisch im Schwarm der bürokratisch-kapitalistischen Haie ist. Und je „sozialistischer" sich ein Regime gibt, desto drakonischer sind die Folgen übertriebener Gaunerei; deshalb die mitunter harten Strafen in Rußland. (Merke: großer Betrug braucht große Gesten.)

Vergleicht man nun Österreich und Rußland miteinander, dann zeigt sich, daß im Wesen und in den Bereicherungsmethoden der Machthaber, ihrer Höflinge, Steigbügelhalter und Speichellecker lediglich ein größenordnungsmäßiger Unterschied besteht, ähnlich den geographischen Verhältnissen. Ansonsten aber huldigen die Mächtigen, egal ob in Moskau oder Wien, den gleichen profitablen Methoden. (Als bürokratische Kapitalisten, die sie da wie dort sind, sind sie ja wesensverwandt.)

An Skandalen war unser Land seit 1945 bekanntlich ja nicht gerade arm, und Namen wie Krauland, Haselgruber und Müllner sind geradezu Markenzeichen geworden. Jetzt gibt es den Bauring-Skandal.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Die Krise als Ausrede



Vor der Nationalratswahl haben wir gesagt: „Gleichgültig wie die Wahl ausgehen wird, so wird jede Regierung die Interessen des Großkapitals vertreten und die Lasten der Krise des kapitalistischen Profitsystems auf die arbeitenden Menschen abwälzen". Aus der Wahl ist eine SPÖ-Regierung mit gestärkter absoluter Mehrheit hervorgegangen. Und bereits ein Monat danach zeigt sich, daß die Illusion, die SPÖ sei das kleinere Übel, in Nichts zu zerrinnen beginnt. **Was die Regierung Kreisky III der arbeitenden Bevölkerung zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Höchstprofite aufbürdet, hätte sich keine andere Regierung getraut.**

Staribachers Aussage, daß Ofenheizöl nicht teurer werden würde, weil die Ölfirmen weiterhin „Rabatt" gewähren würden, war kaum verhallt, da mußten die Konsumenten schon den erhöhten Fixpreis bezahlen. Und auf diese Tour ging und geht es weiter. Es wurden ständig Termine genannt, zu denen bestimmte Preise nicht erhöht werden würden. Diese scheinheilige Vorgangsweise dient aber nur dazu, die arbeitende Bevölkerung mit der Tatsache neuer Preiserhöhungen vertraut zu machen. **So steht fest, daß Brot und Gebäck, Mehl, Benzin, Autohaftpflicht, Strom, Gas, Postgebühren, Zigaretten usw. im Preis gewaltig erhöht werden. Abgesehen davon, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Lawine allgemeiner Preiserhöhungen auslösen wird.**

Auf der anderen Seite wird ein massives Trommelfeuer gegen die Löhne der Arbeiter geführt. Die so „enormen Lohnkosten" seien für die Unternehmer nicht mehr „zu verkraften", wird erklärt. **Dieses Trommelfeuer zielt darauf ab, das Realeinkommen der arbeitenden Menschen mittels der gewerkschaftlichen Lohnrunden bedeutend zu senken. Es besteht die Absicht, nicht einmal mehr die Entwertung der Löhne durch die Inflation abzugelten.** Dabei wird darauf spekuliert, daß die erpresserische Drohung mit gefährdeten Arbeitsplätzen die Arbeiter zum Kuschen bringt und diese sowohl Preissteigerungen als auch Reallohnabbau tatenlos hinnehmen.

Wie die SPÖ-Regierung von der Regierungsbank aus Politik im Interesse des großen Monopol- und Finanzkapitals betreibt, so macht es die Führung des Gewerkschaftsbundes auf der Ebene der „Sozial- und Wirtschaftspartner". Ohne die Arbeiter über deren Vorstellungen von einer Lohnerhöhung auch nur zu fragen, wird jetzt hinter dicken Polstertüren zwischen Wirtschaftsbund, Industriellenvereinigung, Gewerkschaft und Arbeiterkammer die neue Lohnrunde ausgepackelt, die in Wirklichkeit eine „Lohnraubrunde" ist. In der Öffentlichkeit sprechen die Industriellen zwar von den „unmäßigen" Forderungen des ÖGB, das soll die Arbeiter aber nur in Vertrauen zur Gewerkschaftsführung wiegen und sie von einer selbständigen Wahrung ihrer Interessen durch entschlossenen Kampf in den Betrieben abhalten. Tatsächlich mobilisiert die Gewerkschaftsführung bereits jetzt die willfährigen kleinen Bonzen auf der unteren Ebene, damit diese die kommenden Lohnabschlüsse in den Betrieben als „bestmögliches" Ergebnis verkaufen gehen.

Die planmäßige Ausplünderung der arbeitenden Menschen soll also wie gehabt weitergehen. Im Zeichen der Wirtschaftskrise in verstärkter Form. Dabei wird immer klarer, daß die Hoffnung, die SPÖ werde es nicht so arg treiben als etwa die ÖVP, wie sie im Wahlergebnis ihren Ausdruck fand, vergeblich war. Das ist auch kein Wunder. Denn die **maßgeblichen Leute, die die SPÖ-Politik bestimmen, sitzen ja selber im Management der Großbetriebe und der Banken. Der ÖGB mit seiner BAWAG hat sich ein gewaltiges Finanzimperium geschaffen, das wie jedes Kapital aus unserer Arbeit Profit schöpfen will. Diese Leute, die sich zwecks leichteren Betrugs ihren Anschein als „Arbeiterführer" wahren wollen, sind in Wirklichkeit längst bürokratische Kapitalisten geworden, die unmittelbares Interesse an der Ausbeutung der Werktätigen haben.**

Diese Wirklichkeit zu erkennen, ist für die arbeitenden Menschen höchst notwendig. Wenn Kreisky oder Benya heute wie ihre Vorgänger von „unserem Land" und „unserer Wirtschaft" reden, stimmt das nicht. Tatsächlich ist Österreich ein Land, in dem das Großkapital die uneingeschränkte Herrschaft ausübt und die werktätige Bevölkerung überhaupt nichts zu reden hat. Tatsächlich ist trotz „Verstaatlichung" und Kommunalbetrieben die Wirtschaft ausschließlich auf Profit für eine Handvoll Millionäre ausgerichtet, für den die Arbeiter schuften und jetzt auch noch die Lasten der Krise tragen sollen.

In unserem Interesse müssen wir Arbeiter umdenken. Gegen Preistreiberei und Reallohnsenkung müssen wir selbst in den Betrieben zum Kampf antreten. Nicht auf verräterische Führer dürfen wir uns verlassen, sondern wir müssen uns organisieren und fest zusammenschließen. Tun wir das, werden wir schnell erkennen, daß die wirkliche Stärke bei der Arbeiterschaft liegt und wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen können.

Zum selbständigen Kampf in den Betrieben, gestützt auf unsere Kraft, rufen wir revolutionären Arbeiter von der VRA angesichts der massiven Angriffe gegen unsere Lebensinteressen auf. ●

Die Potemkinsche Lohnerhöhung

Gegenwärtig wird zwischen Gewerkschaften und Unternehmern wieder eine Lohnrunde ausgepackelt. Hunderttausende Arbeiter sind davon betroffen. Einbezogen sind vor allem die Gewerkschaften der Metall- und Bergarbeiter und der Privatangestellten.



Für uns revolutionäre Arbeiter ist Bedeutung und Funktion der sogenannten Lohnrunden klar. Sie sind Teil der Planmäßigkeit, mit der im weitgehend staatsmonopolkapitalistisch entwickelten Österreich die Arbeiterschaft systematisch und mehr und mehr ausgeplündert und ausgebeutet wird. Die entscheidenden Garanten dieser planmäßigen Ausbeutung des werktätigen Volkes sind die SP-Führer und die ÖGB-Bonzen. Das von ihnen praktizierte System der „Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft" ist zum nachahmenswerten Studienobjekt der Kapitalisten aller Herren Länder geworden.

PLANMÄSSIGE PROFITSTEIGERUNG

Die Grundlagen dieses Systems bestehen darin, während einer gewissen Zeit die Lohnerhöhungen durch ständige Preissteigerungen zu entwerten und, bevor die Arbeiter darüber rabiat werden und dagegen zu Kampfaktionen schreiten, „Beruhigungspillen" in Form von zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern neuerlich planmäßig festgelegten nominellen Lohnerhöhungen zu verabreichen.

Die Wirkung dieses Systems: **In den Pausen zwischen den „Lohnrunden" steigen die Profite durch die sofort nach jeder Lohnerhöhung wieder vorgenommenen Preissteigerungen.** Diese werden „zugestanden", weil ja „der Unternehmer die gestiegenen Lohnkosten im Preis unterbringen muß". Der Unternehmerprofit darf ja im „freien" Österreich nicht beschnitten werden, da er ja „zu Investitionen anreizen" soll. Daß diese Preissteigerungen die „Lohnkostenbelastung" weit übersteigen, damit das Kapital wachsen kann, versteht sich von selbst!

NOTWENDIGER KLASSENKAMPF WURDE WEGGESCHWINDELT

Eine weitere Wirkung zum Schaden der Arbeiter und zum Vorteil der Kapitalisten: Für den zwar nominell, aber nicht wertmäßig höheren Lohn muß infolge der Progression eine enorm steigende Lohnsteuer an den Staat der Kapitalisten bezahlt werden, die dieser wieder hauptsächlich im Interesse des Großkapitals verwendet.

Den wesentlichsten Effekt mit diesem System erzielen die kapitalistischen Machthaber aber auf ideologischem Gebiet. Jeder kennt die Lobpreisung des „ruhigen Sozialklimas" in Österreich, dem Land, in dem es die wenigsten Streiks gibt. Dieses Ringelspiel von Preissteigerungen, Lohnrunde, Preissteigerungen usw. wurde so perfekt gespielt, daß in der Arbeiterschaft weitgehend die Meinung Fuß faßte, man könne der Gewerkschaftsführung ruhig die Wahrung der Arbeiterinteressen überlassen. Dabei stützte sich die Gewerkschaftsführung nicht nur auf die Massenmedien, die natürlich kräftigst an der Verwurzelung der Sozialpartnerschaftsideologie unter den Arbeitern mithalfen, sondern vor allem auf die Masse ihrer Funktionäre in den Betrieben. Diese wiegelten in den meisten Fällen gekonnt jede kämpferische Stimmung in den Betrieben ab, vertrösteten ständig auf die „kommende Lohnrunde" und spalteten die Kollegen rücksichtlos auf, wenn in dem einen oder anderen Betrieb Unmut über zu geringe Lohnerhöhung herrschte und von den Arbeitern Kampfmaßnahmen verlangt wurden. „Um einen oder gar nur einen halben Prozent mehr zu streiken, zahlt sich gar nicht aus", hieß dann die Parole.

GÜNSTIGE FAKTOREN FÜR DEN BETRUG

Zwei Faktoren haben diese Entwicklung begünstigt. Erstens die Hochkonjunktur der kapitalistischen Wirtschaft während einer längeren Periode. Sie bot den Arbeitern die Möglichkeit, Reallohnverluste, die durch die „gelenkte" Inflation entstanden sind, mittels Überstunden, erhöhter Akkordleistung usw. auszugleichen. Desgleichen bewirkte damals der Mangel an Arbeitskräften, daß sich jeder einzelne besser zu verkaufen trachtete, was die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärfte und der Bildung einer kämpferischen Solidarität natürlich hinderlich war.

Zweitens – und das ist der entscheidende Faktor – besitzt die österreichische Arbeiterschaft keine in ihr verankerte revolutionäre Avantgarde, die diesen Betrug mit den Lohnrunden wirksam entlarven und vorhandene Kampfbereitschaft zum Erfolg hätte führen können. Dazu genügten die schwachen Kräf-

te der österreichischen Marxisten-Leninisten, die sich nach dem revisionistischen Verrat der „K"PÖ-Führung unter schwersten Bedingungen in der VRA organisiert hatten, noch nicht. Ihr Einfluß reicht über einige Betriebe noch nicht hinaus.

DIESMAL SOLLEN DIE ARBEITER NOCH MEHR BLUTEN!

Jetzt ist die Situation umgekehrt. Die Hochkonjunktur ist vorbei und Österreich ist in die gesetzmäßige kapitalistische Wirtschaftskrise geschlittert. Die gegenwärtige Lohnrunde soll nun einen doppelten Ausbeutungseffekt bewirken: Früher herrschte das oben geschilderte Ringelspiel, wonach nämlich die jeweilige Lohnrunde als eine Abgeltung der durch die Teuerung bereits erlittenen Verluste gelten sollte, worauf die soeben neu festgelegten Löhne durch die weiteren Preissteigerungen abermals entwertet wurden. Jetzt gibt man vor, daß die neue Lohnrunde die kommende Teuerung berücksichtigen würde, und läßt so die Abgeltung der erlittenen Reallohnverluste stillschweigend unter den Tisch fallen. Zusätzlich zu diesem Betrug kommt noch die unverschämte Ankündigung, daß die jetzt auszuhandelnden Lohnerhöhungen unter der für 1976 vorausgesagten Teuerungsrate liegen müßten! Dieser Anschlag wird mit der Begründung serviert: „Die Wirtschaft muß Gewinne anhaufen, um Arbeitsplätze zu sichern".

Dieses Spiel können die Unternehmer nur mit Hilfe der Gewerkschaftsführer treiben. Wenn sich die Arbeiter auf die von den Gewerkschaftsbonzen ausgepackelte Lohnrunde verlassen, sind sie hoffnungslos verlassen. Mehr denn je müssen sich daher die werktätigen Menschen auf ihre eigene Kraft verlassen. Diese Kraft liegt in den Betrieben, wo sie den Reichtum der Gesellschaft produzieren, wo sie die Profite für die Kapitalisten schaffen.

NICHT AUF DIE „FÜHRER" VERLASSEN – KAMPF IN DEN BETRIEBEN

Die Notwendigkeit des innerbetrieblichen Kampfes besteht umso mehr, als die Kapitalisten unter Hinweis auf drohenden Arbeitsplatzverlust von den Beschäftigten die Preisgabe höherer Ist-Löhne, diverser Zuschläge und Prämien, die Hinnahme von Kurzarbeit, „Umschulungsaktionen" usw. zu verkürztem Lohn erpressen wollen. Jetzt darf man sich weniger denn je aufspalten lassen, jetzt muß man mehr denn je gegen die geringsten Anschläge auf soziale Errungenschaften und betriebliche Rechte einmütig zusammenhalten.

Wenn die Arbeiter in den einzelnen Betrieben geschlossen und standhaft für ihre Forderungen kämpfen, werden sie bessere Bedingungen durchsetzen, als sie ihnen in der Lohnrunde ausgepackelt werden. Gegen eine einheitlich und entschlossen auftretende Arbeiterschaft ist der privat- und staatskapitalistische Unternehmer machtlos!

Die Kapitalisten und ihre Regierung mitsamt der ÖGB-Spitze wollen die Arbeiter mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit erpressen und damit den Reallohnabbau bei der Lohnrunde durchsetzen.

Wenn wir uns unserer Stärke bewußt werden, sind wir durchaus imstande, nicht nur jede derartige Erpressung abzuwehren, sondern auch Entlassungen zu verhindern! ●

Ein Leserbrief

Meine Werbung für die Zeitschriften „China im Bild" und „Peking Rundschau" ist im Betrieb recht gut angelaufen. Ich bin überzeugt, daß eine Anzahl von Kollegen diese Zeitschriften abonnieren wird. Ich halte es für richtig, wenn wir uns bei dieser Werbung besonders in den Betrieben Mühe geben. „China im Bild" vermittelt ja sehr lebendig, wie sich der Sozialismus in China weiterentwickelt. So ein „Anschauungsunterricht" — wenn auch nur aus einer Zeitung — gibt den Arbeitern sehr viel. Gerade im Hinblick darauf, daß in unserem Land ein großer Teil der Arbeiter gar nicht mehr richtig daran glaubt, daß es eine wirkliche Macht des Volkes geben kann, halte ich die Verbreitung dieser Zeitung in den Betrieben für eine wichtige und wertvolle Unterstützung unseres Kampfes. Wie oft haben wir doch schon gehört, daß „oben immer Bonzen sein werden, die über die Arbeitenden diktieren". Manche sagen zwar, „Papier ist geduldig" und Zeitungen mit schönen Bildern gäbe es auch bei uns, der größere Teil der Kollegen, denen ich die Zeitung verkauft habe, hat aber sehr aufmerksam gelesen. Das konnte ich den Diskussionen entnehmen, die ich in späterer Folge hatte.

Ich bin allerdings nicht so vorgegangen, wie Ihr es mir empfohlen habt. Ich habe „China im Bild" nicht gratis hergegeben, sondern verkauft. (Das Geld dafür habe ich schon überwiesen.) Ich bin nämlich draufgekommen, daß eine gekaufte Zeitung ganz anders behandelt wird als eine geschenkte. Diese Zeitungen hat nämlich keiner irgendwo liegen gelassen. Jeder hat sie fein säuberlich mit nach Hause genommen. Ich habe auch den bis jetzt zwei Abonnenten nicht gesagt, daß sie ein „Werbegeschenk" erhalten. Obwohl ich mich selbst immer wieder über den schönen Kalender freue, glaube ich nicht, daß man damit bei der Werbung „argumentieren" soll. So ist jedenfalls meine Meinung.

Im übrigen bitte ich um die Zusendung weiterer Exemplare und ich hoffe, bald mehr Adressen von Abonnenten bekanntgeben zu können. *H. W., Wien*

Der Verlag für fremdsprachige Literatur in Peking, GUOZI SHUDIAN, führt bis Jahresende eine Werbung für chinesische Zeitschriften in deutscher Sprache durch. Dazu wurde uns eine Anzahl von Probeexemplaren zur Verfügung gestellt.

„Peking Rundschau" und „China im Bild" sind eine wertvolle Hilfe für uns. Sowohl für das Studium des Marxismus-Leninismus durch die Genossen selbst als auch in unserem Kampf um die Verankerung des wissenschaftlichen Sozialismus in der arbeitenden Bevölkerung.

Wir fordern deshalb alle Genossen und Freunde auf, mitzuwirken, damit diese Werbekampagne zu einem Erfolg wird.

Weitere Probeexemplare können über die Postadresse oder telefonisch bei uns bestellt werden.

Die Redaktion ●

(Fortsetzung von Seite 1)

Wobei die Größenordnung des Schadens allerdings schon in die Milliarden geht und die Haie nicht mehr der ÖVP, sondern der SPÖ angehören. (Na klar, wir haben ja auch keine ÖVP-Regierung mehr, sondern eine SPÖ-Regierung.) Es ist der Regierungspartei zwar noch gelungen, die ärgsten Bauring-Enthüllungen in die Nachwahlzeit herüberzuretten, ganz wegzaubern ließ sich der Skandal jedoch nicht mehr. Besonders deshalb nicht, weil das arbeitende Volk jetzt zur „Sicherung der Wirtschaft" gewaltig geschröpft werden soll. Im Interesse der „Gerechtigkeit" — und um der arbeitenden Bevölkerung ein paar Sündenböcke präsentieren zu können — wird also im Zuge eines Gerichtsverfahrens der Staatsanwalt einigen kleinen Direktoren kräftig in den Hintern treten. An die Köpfe des Unternehmens wird der Herr Staatsanwalt ganz gewiß nicht herankommen, denn die sitzen am oberen Ende der sozialdemokratischen Wirbelsäule.

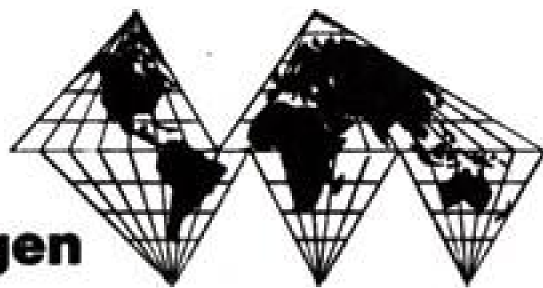
Doch die kleinen Mitschuldigen, die hier öffentlich geopfert werden, haben gegenüber ihren russischen Kollegen einen beträchtlichen Vorteil: Bei uns geht es ohne Menschenopfer ab. Und statt 20 Jahren Sibirien genügt in Österreich meist eine eher symbolische Haftstrafe oder ein Aufenthalt in einem Privatsanatorium, wo man ein „altes Herzleiden" und eventuell auch sein sonstiges Herzeleid behandeln lassen kann. So, wie sich's der Krauland, der Müllner und alle die andern „richten" konnten beziehungsweise von den Gönnern und Freunden „oben" insgeheim „gerichtet" bekamen. Die nunmehrigen Bauring-„Schuldigen" brauchen also nicht zu zittern. Nach dem für die Öffentlichkeit bestimmten Gerechtigkeitsschauspiel werden „solchene Sachen" noch immer zur Zufriedenheit aller Beteiligten geregelt. Und daß die werktätige Bevölkerung das Ganze schnell wieder vergißt, dafür sorgen schon die mit Steuergeldern gut gefütterten Massenmedien.

*

Übrigens: Otto Brichacek, ein ehemaliger KPÖ-Funktionär, ist — laut Zeitungsmeldungen — die „undurchsichtigste, schillerndste Schlüsselfigur des Bauring-Skandals". Brichacek, dem überdies gute Beziehungen mit dem revisionistischen Osteuropa nachgesagt werden, gilt auch als intimer Kenner der weitverzweigten Provisionsströme. Weil aber nicht nur saudiarabische, sondern auch weanerische Scheichs nach dem fürstlichen Bauring-Bakschisch gegriffen haben, deshalb soll es im Wiener Rathaus sehr betretene Gesichter gegeben haben, als Brichacek dort Auszüge aus seinen diesbezüglichen Privatunterlagen zeigte.

Demnach ein cleverer Geschäftsmann, dieser Exdirektor Brichacek. Mit der Andeutung, im Fall des Falles „auszupacken", hat er sich trefflich abgesichert. Wir dürfen annehmen, daß jene Hintermänner, die auf seiner Privatliste stehen, sich wärmstens für ein mildes Gerichtsurteil einsetzen werden. ●

Kurzmeldungen



"Die Dritte Welt, besonders Afrika, muß eine größere und immer stärkere Rolle im Kampf um eine gerechtere internationale Wirtschaftsordnung spielen", sagte der Finanzminister von Mali, Founeke Keita, wie die Zeitung "l'essor" berichtet.

In seiner Eröffnungsansprache auf der 24. Konferenz der Vereinigung erdnußproduzierender Länder Afrikas betonte der Minister auch die Notwendigkeit, diese Vereinigung zu einer wirtschaftlichen Waffe in der Hand der Dritten Welt zu machen.
An der Sitzung nahmen Delegierte aus Mali, Niger, Senegal, Nigeria, Gambia und Sudan teil.
Founeke Keite sagte: "Die Regierung, das Militärkomitee zur nationalen Befreiung und das Volk von Mali sind bereit, jederzeit an positiven Schritten - besonders an der Erdnußfront - teilzunehmen, die zur Erreichung gerechter und profitablerer Preise führen."
Er forderte grundlegende Anderungen hinsichtlich der gerechteren Verteilung der Güter auf der Welt und sagte, daß die immer breiter werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern das Hauptkennzeichen der gegenwärtigen Weltordnung sei.
"Die industrialisierten Länder beherrschen fast alle Rohstoffmärkte und haben das Kapital für die Produktion von Industriegütern fast ausschließlich monopolisiert. Deswegen können sie die Preise im internationalen Handel leicht in ihrem eigenen Interesse festsetzen. In der Folge stehen die Entwicklungsländer der täglichen Verminderung ihrer Kaufkraft gegenuber", fügte er hinzu.
Zusammenfassend stellte er fest, daß die erdnußproduzierenden Länder solidarisch und mit gemeinsamen Anstrengungen auf die Kontrolle der Erdnußpreise hinarbeiten müßten, um eine wirklich gute Ausgangsbasis für Verhandlungen mit den Machtigeren zu schaffen.

*

Eine Anzahl von venezolanischen Zeitungen veröffentlichte Artikel, in denen der gerechte Kampf unterstützt wird, den Volk und Regierung von Panama führen, um die Herrschaft uber die Kanalzone wieder zu erlangen.

Ein Artikel der Zeitschrift "elite" verurteilt die Besetzung der Kanalzone durch den US-Imperialismus und sagt: "Die von den Imperialisten besetzte Zone, die das Land in zwei Teile teilt, ist ein Dorn in den Herzen der Einwohner von Panama." Weiters heißt es, daß der antikolonialistische Kampf des panamesischen Volkes breite Unterstutzung in ganz Sudamerika gefunden hat. Es wird betont, daß "Venezuela entschlossen an der Seite Panamas steht", was die Frage der Kanalzone betrifft.

"Bohenia" betont in einem Artikel, daß das Volk von Panama entschlossen ist, der unerträglichen Lage ein Ende zu bereiten, was immer es auch koste. In diesem Kampf stehen die Völker Lateinamerikas an der Seite Panamas, und das Volk von Panama genießt breite Unterstutzung seitens anderer Länder der dritten Welt.

Die Unterstutzung Sudamerikas für die gerechte Forderung Panamas in der Frage der Kanalzone betonend, sagt ein Artikel in "momente": "Die Zeiten haben sich geändert. Lateinamerika ist viel stärker als fruher und in einer größeren Einheit verbunden denn je zuvor."

*

Der Nationale Verteidigungsrat von Uganda unterstutzte den Standpunkt Präsident Idi Amins, daß sich Uganda keinerlei Diktat von außen unterwerfen wird, meldete Radio Uganda am 18. November.
Der Bericht sagte, daß der Verteidigungsrat, während er formal die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion akzeptierte, der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die Sowjetunion aus den vergangenen Vorfällen gelernt habe und sich in Zukunft jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ugandas und anderer afrikanischer Länder enthalten werde.
Der Verteidigungsrat befaßte sich auch mit dem Verhalten einiger sowjetischer Experten in der Luftwaffe, die während der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern zwei oder drei neue MIG-Flugzeuge zerlegt hatten. Dem Verteidigungsrat wurde auch bekannt, daß einige sowjetische Experten auf anderen Einsatzgebieten ein schlechtes Benehmen an den Tag legen.

Präsident Amin erklärte dem Verteidigungsrat, daß er die feste Absicht habe, sich nicht von anderen Ländern kontrollieren zu lassen und nicht gewillt sei, in irgendeines Landes Tasche zu stecken. ●

Die Stimme seines Herrn

Eine der Hauptaufgaben der „K"PÖ-Führer ist es, in Österreich eine ständige Hetzkampagne gegen die Volksrepublik China durchzuführen. Ganz logisch, denn je mehr Politik und soziale Errungenschaften des sozialistischen China bei den Massen Anklang finden, desto mehr entlarvt sich das antikommunistische Wesen der russischen Sozialimperialisten, aber auch ihrer Papageien vom Höchstädtplatz.

Wofür sie von den Kreml-Herren in Moskau bezahlt werden, ist aber auch eine außerordentliche Hilfe für die kapitalistischen Machthaber in Österreich. Diese sehen es natürlich auch nicht gerne, wenn die Ausstrahlung des sozialistischen China bis tief in die Volksmassen reicht — wie dies in Österreich in zunehmendem Maße der Fall ist. Fürchten sie doch, daß die Beispielswirkung aus China den auch in Österreich unvermeidlichen Prozeß der Revolutionierung der Volksmassen beschleunigt. Die Hetze gegen China nehmen den Kapitalisten in unserem Land also schon größtenteils die russischen Sozialimperialisten und die „K"PÖ-Führer ab.

Damit erweisen sie aber den Herrschenden in unserem Land noch eine weitere Hilfe. Denn dadurch, daß sie die Wortführer sind in der Hetze gegen die VR China, die als sozialistisches Entwicklungsland Teil der Dritten Welt ist, erleichtern die „K"PÖ-Führer die Heuchelei der österreichischen Bourgeoisie bei ihren Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt. Denn selbstverständlich sind diese ja nicht von der „reinen Erkenntnis" geprägt, daß Österreich als Land der Zweiten Welt sich vor allem auf Unabhängigkeit von den beiden Supermächten und ehrliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen mit den Entwicklungsländern orientieren sollte. Vielmehr will sich Österreichs Bourgeoisie durchschwindeln, indem sie einerseits gegenüber der Dritten Welt Gesten der Zustimmung zeigt, andererseits aber eine Politik des Dieners der beiden Supermächte Rußland und USA betreibt. Und ihr Hauptanliegen ist dabei die Sicherung ihrer Herrschaft und von Höchstprofiten.

Einer der lautesten Hetzer gegen die Volksrepublik China in der „Volksstimme" ist der Redakteur Janecek. Kenner der Materie wissen, daß bei diesem Mann neben dem „Auftrag" noch eine gehörige Portion persönliche Wut dazukommt.

Dieser Janecek, der für seine antikommunistische Hetze nicht schlecht bezahlt wird, benützte die Anwesenheit des nordvietnamesischen Spitzenpolitikers Le Duan in Moskau, um wieder einmal gegen China loszuziehen. („Am Beispiel Hanois", „VS", 1.11.75) Le Duan muß dazu herhalten, die kriegstreiberische Politik der russischen Sozialimperialisten als „Entspannung" zu verkaufen und China-Hetze betreiben zu können.

Ganz bewußt wurde damit Le Duan mißbraucht. Denn der siegreiche Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus ist zum Fanal in den Herzen arbeitender und unterdrückter Volksmassen auf der ganzen Welt geworden. Auf dieses Vietnam schaut und hört man.

Einen Spitzenpolitiker Vietnams als Alibi für die Weltherrschaftspläne der russischen Sozialimperialisten hinzustellen, stellt aber den Gipfel der Frechheit dar. Denn niemand als das vietnamesische Volk weiß besser, daß für die Kreml-Herren der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggressoren nichts anderes als ein geeignetes Mittel war, gegenüber dem amerikanischen Konkurrenten um die Weltherrschaft Vorteile zu erringen.

Es ist eine Tatsache, daß sich die russischen Sozialimperialisten im Interesse ihrer Weltherrschaftspläne überall dort festsetzen wollen, wo die US-Imperialisten vertrieben wurden. Neben gelinden wirtschaftlichem Druck bedienen sie sich dabei gerne der Maske des „guten Freundes". Bezüglich Vietnams werden sich die Sozialimperialisten ganz gewiß täuschen. Denn Franzosen und Amerikaner wurden im heroischen Kampf nicht aus dem Land geworfen, um die russischen Sozialimperialisten als neue Herren durch die Hintertür hereinschleichen zu lassen.

Wenn Janecek im besagten Artikel feststellt: „... Vietnam wird nicht stranden", hat er recht. Wenn auch im umgekehrten Sinn, als es seinen Vorstellungen entspricht.

J. A., Wien ●



Nochmals zur „Bauernfrage"

Revolutionäre Einheit der werktätigen Bauern mit der Arbeiterklasse

Der Schreiber des Artikels „Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen" (in Nr.1 des theoretischen Organs des KB Wien „Kommunist") läßt sich bei seiner Einschätzung im wesentlichen nicht vom dialektischen, sondern von einem mechanischen Materialismus leiten. Kennzeichnend für den Idealismus, den mechanischen Materialismus, für Opportunismus und Abenteurertum ist die Kluft zwischen dem Subjektiven und dem Objektiven, die Loslösung der Erkenntnis von der Praxis. Mit sehr viel Fleiß hat die Gen. Hepu-Graz eine Unzahl von statistischem Material zusammengetragen zur Untermauerung ihrer Einschätzung. Dabei scheint sie offensichtlich in ihrem Eifer vergessen zu haben, daß man mit der Statistik alles beweisen kann, aber auch nichts.

Nehmen wir z.B. die Tabelle „Verteilung der Lohnarbeiter auf die Betriebe der verschiedenen Größenklassen" („Kommunist" Nr.1 Seite 43). Mittels dieser Tabelle wird der Eindruck vermittelt, als ob bei den Betriebsgrößenstufen bis 50 ha Kulturfläche, also bei den vorwiegend Klein- und Mittelbauern (nach rein arealmäßiger Bestimmung), noch eine Unzahl von Lohnarbeitern beschäftigt werden. Ich weiß zwar nicht, durch welches Zauberkunststück es zu solchem Zahlenmaterial gekommen ist, aber ich weiß aus der Praxis umso besser, daß der weitaus größere Teil der Bauernwirtschaften bis zu 50 ha nicht nur außerstande ist, seinen Lebensunterhalt aus der Bauernwirtschaft zu bestreiten, und daher gezwungen ist, sich als Zu- und Nebenerwerbsbauer zu verdingen, sondern daß sich der Teil der Bauernschaft in diesen Betriebsgrößenstufen, welcher sich als Vollerwerbsbauer durchs Leben rackert, am Rande des Existenzminimums befindet.

Ich kenne zwar keinen kleinen und mittleren Bauern, der sich den „Luxus" eines Lohnarbeiters leistet, weil er dies aus ökonomischen Gründen nicht schafft, ich kenne aber dafür einige landwirtschaftliche Intensivbetriebe – rein agrarkapitalistische Betriebe wie Gärtnereien, Weingärten, Baumschulen, Mastbetriebe usw. –, welche zwar in den Betriebsgrößenstufen bis 50 ha ihren Platz finden, aber auf Grund ihrer Betriebsstruktur mit einem Klein- oder Mittelbauern soviel zu tun haben als der Generaldirektor der VÖEST-ALPINE mit einem seiner Büroaktenträger. Beide sind Angestellte, und wenn man das statistische Hexeneinmaleins anwendet, die beiden Gehälter zusammenzählt und durch 2 dividiert, so kommt man zu einer statistischen Kennziffer des Durchschnittslohns von zwei Angestellten, welche das reale Bild wohl etwas verfälschen dürfte. So können auch einige hundert landwirtschaftliche Intensivbetriebe das Bild für viele tausende bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe „verfälschen".

Nun höre ich geradezu Gen. W.L. sagen (siehe „Kommunist" Nr.1 Seite 18) „...auch hier nicht die Spur einer konkreten Untersuchung der konkreten Klassenverhältnisse am flachen Land..., ... vom Gefühl, von einer gewissen Plausibilität, vom gesunden Hausverstand wird dieses Vorgehen geleitet, aber nicht vom Marxismus-Leninismus." Jawohl, Genosse W.L., ich stimme Dir zu, ich lasse mich bei allen Einschätzungen auch vom „gesunden Hausverstand" leiten und ich sehe dabei keinen Widerspruch zu meiner marxistisch-leninistischen geistigen Grundhaltung. Wenn Du aber da einen Widerspruch zu erkennen glaubst – und Deine Einschätzung in der Bauernfrage (nicht nur in dieser!) lassen darauf schließen – so bist offensichtlich Du es, der sich auf ideologische Abwege begibt und nicht ich.

Und Du bist es, der mit einer offensichtlich undialektischen materialistischen Betrachtungsweise, welche in der Einschätzung zur Bauernfrage (nicht nur in dieser) zum Ausdruck kommt, der im Entstehen begriffenen revolutionären Bewegung in Österreich keinen guten Dienst erweist. Ich könnte noch fortfahren mit der Beweisführung, daß theoretische Erkenntnisse, sollen diese fruchtbar werden, unbedingt im „Glutofen der Praxis" erhärtet werden müssen. Sie müssen im Dienste der Praxis stehen und dürfen keineswegs ein von der Praxis isoliertes Dasein fristen. Theorie darf doch nicht zum Selbstzweck werden, sondern muß ein Mittel zum Zeck sein, die Praxis zu meistern. So ist es auch mit der Erarbeitung einer richtigen theoretischen Einschätzung in der Bauernfrage, als Mittel zum Zweck erfolgreiche kommunistische Arbeit auf dem Lande zu machen.

VORWURF „UNSCHARFER" FORMULIERUNG

Bevor ich auf die Kernfrage eingehe, um die es im Meinungskampf um die richtige Einschätzung der Bauernfrage geht, nämlich: wie muß die kommunistische Praxis auf dem Lande sein, um die werktätige Bauernschaft als Bündnispartner an das revolutionäre Proletariat heranzuführen, möchte ich nur kurz zu den Vorwürfen „...unscharfer Formulierungen..." von seiten der Genossin Hepu Stellung nehmen. Die Genossin findet die Bezeichnung „Bauer" in meinem Beitrag „Der Bauer ist kein Ausbeuter" („Volksmacht" Nr. 97) zu „verallgemeinert". Das ist doch reine Wortklauberei und lenkt vom Wesen der Problematik ab. Im Inhalt des Artikels kommt es doch eindeutig zum Ausdruck, daß ich unter „Bauern" die werktätige Bauernschaft, die kleinen und mittleren Bauern meine und keinesfalls die Land- und Forstgutsbesitzer, Agrarkapitalisten usw.

Zum Vorwurf der Formulierung „.... wir revolutionären Bauern..." („Volksmacht" Nr. 100, S.15) das Wort „revolutionär" zu Unrecht zu verwenden, möchte ich nur sagen, daß all diejenigen Klassen und Schichten unserer Gesellschaft revolutionär sind, die sich als Unterdrückte und Ausgebeutete zusammenschließen zu dem Ziel, die bestehende kapitalistische Ausbeuterordnung zu zerschlagen und an deren Stelle die sozialistische Ordnung zu errichten, damit ein für alle Male die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein Ende findet. Und nachdem die werktätige Bauernschaft, die kleinen und mittleren Bauern, zu den vom Kapital am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten unserer Gesellschaft gehören, ist es die Aufgabe der revolutionären Avantgarde innerhalb dieser Bauernschaft, das Bewußtsein der ausgebeuteten Bauern soweit aufzuhellen, daß diese nicht nur ihre Rolle als vom Kapital ausgebeutete soziale Schichte erkennen, sondern daß sie, in der Folge ihres Erkennens, sich der revolutionären Bewegung anschließen und als werktätige Bauern und unter der Führung der objektiv am meisten revolutionären Klasse, des Proletariats, bewußt für die sozialistische Revolution kämpfen. Und nachdem es eine solche revolutionäre Avantgarde innerhalb der österreichischen Bauernschaft gibt, erlaube ich mir auch im „....Namen der revolutionären Bauern" zu sprechen.

Ich könnte mit der Widerlegung von derlei „Vorwürfen" fortfahren, will es aber nicht. Denn das würde, wie gesagt, von der Kernfrage in bezug auf die Einschätzung der Bauernfrage ablenken.

Ich will nämlich vermeiden, die Fehler von solchen Theoretikern zu wiederholen, die nicht nur zu Einschätzungen kommen, die vollkommen losgelöst von der Praxis sind, sondern sich auch in geistige Positionen verrennen, wo sie „den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr erkennen". Ich will mich keinesfalls durch provokante Wortklaubereien vom Erkennen des Wesentlichen weglenken lassen.

Das fiele mir gar nicht schwer, da ich es als praxisbezogener Mensch leichter habe, das Wesentliche, den Kern einer Sache zu erkennen. Das heißt nicht, daß wir „Praktiker" etwa die Theorie ablehnen, nein. Aber wir weisen der Theorie nicht eine vorherrschende Rolle zu bei der Bewältigung eines Problems, sondern eine der Praxis dienende Rolle. So soll es auch sein, wenn man etwas vom Wesen des Marxismus-Leninismus verstanden hat. Und es gilt auch in der ideologischen Arbeit, „lieber weniger, aber besser", d.h. es ist tausendmal besser, das Wesen einer Erscheinung zu erfassen, den Kern, als den Inhalt ganzer Bücher über den Marxismus-Leninismus auswendig herunterleiern zu können und trotzdem (oder gerade deshalb?) vom Wesen des Marxismus-Leninismus nichts begriffen zu haben.

Wenn ich das sage, so hat das gar nichts mit „Arbeitertümelei" oder „Antiintellektualismus" zu tun. Es ist nur eine realistische Einschätzung und das Erkennen von Fehlern, für die theoretisierende Intellektuelle besonders anfällig sind. Und proletarische Revolutionäre müssen besonders achtsam sein, damit sie sich nicht geblendet von einem Überschwang von theoretischem Blendwerk von seiten bestimmter „Supertheoretiker" und „Superrevolutionäre", in welcher Organisation sie auch immer „auftreten", von einer korrekten, proletarisch-revolutionären politischen Linie abbringen lassen.

KERN DER BAUERNFRAGE

Es muß uns Marxisten-Leninisten klar sein, daß das revolutionäre Proletariat Bündnispartner für seinen Kampf um den Sozialismus braucht. Ein solcher objektiver Bündnispartner im revolutionärem Kampf ist die werktätige Bauernschaft, wie wir auf Grund einer objektiven Analyse bestätigt finden. Der Kern der Bauernfrage ist, eine Anwort darauf zu finden, welche Einschätzung die Grundlage für eine erfolgreiche kommunistische Praxis auf dem Lande gewährleistet. Das heißt: was müssen wir tun, welche Perspektiven müssen wir der werktätigen Bauernschaft aufzeigen, damit diese sich der revolutionären Bewegung des kämpfenden Proletariats anschließt. Und wenn wir vermeiden wollen, daß es zu Fehleinschätzungen in der Bauernfrage kommt, so müssen wir über eines klar sein, daß es sich bei der werktätigen Bauernschaft um Menschen handelt, die denken, ein Bewußtsein haben, und gerade dieses Bewußtsein der Bauern muß auch als Betrachtungsgrundlage für eine realistische Einschätzung in der Bauernfrage dienen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die überwältigende Mehrheit der werktätigen Bauernschaft als „Bauern" fühlt und denkt, egal ob er Vollerwerbler, Zuerwerbler oder Nebenerwerbler ist. Unter Aufbietung aller physischen und psychischen Kräfte ist er bestrebt, Bauer zu bleiben. Sogar über seine ökonomische Existenz hinaus, denkt er und fühlt er als Bauer. Und es sind überwiegend nicht materielle Gründe, die sein Verhalten rechtfertigen, sondern es

Drucksache

VRA

Postfach 3, 1205 Wien

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML) ist unser Lokal in

Wien 20, Universumstraße 40

jeden Dienstag und Freitag ab etwa 18.30 Uhr. (Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen.) Besucher sind uns herzlich willkommen.

ist die Liebe zum Beruf, zur Natur, zum Boden, zum Vieh usw. Jawohl sowas gibt es, wenn auch vielleicht für manchen Städter unverständlich, fragwürdig, anzweifelbar und weiß was noch. Es wäre vollkommen falsch, wenn wir die oben geschilderten Eigenschaften der Bauern, das „unbedingt Bauer bleiben wollen", als unwichtig oder wertlos, gar schädlich für die sozialistische Revolution abtun sollten. Denn wenn wir dadurch bedingt zu einer falschen Einschätzung in der Bauernfrage kommen und es uns konsequenterweise nicht gelingen wird, die werktätige Bauernschaft als Bündnispartner des revolutionären Proletariats für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, so werden wir die Bauern durch eine falsche Praxis auf dem Dorf nicht nur nicht für den Kommunismus gewinnen, sondern diese direkt in die Arme der Reaktion treiben.

PERSPEKTIVEN ALS BAUER

Es ist die Aufgabe aller ehrlichen proletarischen Revolutionäre, durch eine richtige kommunistische Praxis im Dorf, das Bewußtsein der werktätigen Bauern so aufzuhellen, daß diese nicht nur die Zusammenhänge im Kapitalismus erkennen, ihre Feinde auszumachen in der Lage sind, sondern daß sie auch begreifen lernen, daß ihnen der Kapitalismus nur eine Perspektive offen läßt: den Ruin. Und wir müssen der Bauernschaft immer wieder ins Bewußtsein hämmern, daß es als Bauer nur eine fortschrittliche Perspektive gibt, und zwar als Genossenschaftsbauer nach der Errichtung der Volksmacht, der Herrschaft der Arbeiter, der Bauern und der werktätigen Intelligenz in Österreich. Wir müssen der Bauernschaft immer wieder die Vorteile des sozialistischen Weges in der Landwirtschaft, des Kollektiveigentums usw. „plausibel" machen. Nur wenn uns das gelingt, werden wir die Bauern für die sozialistische Revolution gewinnen können. Genossen aber, deren Einschätzung zur Bauernfrage den Stempel des KB Wien tragen, d.h. welche meinen, die Bauern werden sich „als Proletarier fühlend" dem revolutionärem Proletariat im Zuge des revolutionären Prozesses anschließen, werden bis zum Sankt-Nimmerleinstag auf die potentiellen bäuerlichen Bündnispartner warten.

Es könnte nun der eine oder andere Genosse, der die Wichtigkeit einer Ausarbeitung einer im Sinne des Marxismus-Leninismus korrekten Einschätzung in der Bauernfrage begriffen hat, sagen, daß es nicht die Sache der VRA sei, wenn der KB auf Grund seiner falschen Einschätzung eine falsche und schädliche Praxis im Dorf macht; sie würden sich ihre Hörner auch in der Bauernfrage abstoßen, wenn sie begreifen werden, wie schwierig kommunistische Praxis im Dorf ist. Das wäre vollkommen falsch. Wir müssen unseren Meinungskampf in der Bauernfrage, der zwischen der VRA und dem KB geführt wird, vertiefen. (Nicht nur in der Bauernfrage!!!) Das ist unsere Pflicht, wenn wir der revolutionären Sache dienen wollen und auch erfolgreich sein wollen. Damit die Bauernschaft sich aber als Teil der sozialistischen Revolution erkennt, müssen wir Marxisten-Leninisten auch in der Bauernfrage zu einer richtigen politischen Linie auf den Boden des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Tsetungs stoßen beziehungsweise diese erarbeiten.

K.G., Kärnten ●

Wir und die Massen

„*Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist und wir dennoch einen Angriff unternehmen, dann ist das Abenteurertum. Wenn wir die Massen stur zu etwas veranlassen, das sie selbst nicht zu tun wünschen, so wird das Ergebnis unweigerlich eine Niederlage sein. Wenn die Massen vorwärts marschieren wollen, wir aber nicht weitergehen, dann ist das Rechtsopportunismus*" („Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung", S. 150.)

In der vorrevolutionären Phase, in der wir uns gerade befinden, gibt es des öfteren Schwierigkeiten bei einigen Genossen, die Massen zu verstehen. „*In den Massen steckt ein gewaltiger Drang zum Sozialismus*", sagt Vorsitzender Mao. Wie läßt sich diese Aussage mit der Tatsache vereinbaren, daß die Massen bei uns nicht schon längst die Revolution durchgeführt haben? Wie kann es dann sein, daß die Massen nicht bereit sind, unseren Aufrufen Folge zu leisten, an Demonstrationen teilzunehmen? Gar mancher mag sich sogar enttäuscht von solchen Massen abwenden, die nicht im mindesten revolutionär zu sein scheinen. Nichtsdestoweniger hat das österreichische Volk in seiner Geschichte schon oft bewiesen, daß es keineswegs bereit ist, unter unerträglichen Zuständen zu leben: gewaltige Kämpfe der Bauern in der Zeit des Feudalismus, machtvolle Kämpfe der Arbeiterklasse, nachdem sich der Kapitalismus durchgesetzt hatte, zeigen uns das zur Genüge!

„*Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht*" („Worte", S. 140), dieser Satz gilt genauso für die bisherige historische Entwicklung auf dem Boden der verschiedenen Ausbeutersysteme. Jeder Kampf, den die Massen führten, stürzte alte, verfaulte Ausbeutungssysteme und trieb die historische Entwicklung voran, Schritt für Schritt näher dem strahlenden Ziel der klassenlosen Gesellschaft. Jede Stufe, von der Sklavenhalterei bis zum Monopolkapitalismus, war historisch notwendig und konnte daher nicht umgangen werden. Um das Wesen der revolutionären Situation zu erkennen, müssen wir uns genau mit dem Übergang von einer Form des Ausbeutungssystems zu einer neuen Form auseinandersetzen.

In „Über den Widerspruch" schreibt Genosse Mao: „*Die Bewegung eines Dinges äußert sich in zwei Zuständen: im Zustand relativer Ruhe und im Zustand offensichtlicher Veränderung. Diese sich in den beiden Zuständen äußernde Bewegung wird durch den Kampf verursacht, den die beiden im Ding enthaltenen gegensätzlichen Faktoren miteinander führen. Wenn die Bewegung des Dinges den ersten Zustand zeigt, macht das Ding nur quantitative Veränderungen durch und keine qualitativen; deshalb äußert sie sich in scheinbarer Ruhe. Nimmt aber die Bewegung den zweiten Zustand an, so haben die im ersten Zustand vor sich gegangenen quantitativen Veränderungen bereits einen gewissen Kulminationspunkt erreicht, das Einheitliche hat sich daher aufgelöst, und es erfolgt eine qualitative Veränderung, deshalb äußert sich die Bewegung des Dinges in einer offensichtlichen Veränderung.*"

Was heißt das nun angewendet auf unsere Situation in Österreich? Den Hauptwiderspruch bilden eindeutig die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, wobei die Bourgeoisie die dominierende Seite des Widerspruchs einnimmt, was sich darin äußert, daß wir noch immer in einer kapitalistischen Gesellschaft leben. Allerdings verläuft die Entwicklung eindeutig zugunsten des Proletariats: Große Teile des Kleinbürgertums und der Bauernschaft sind bereits ins Proletariat „abgesunken", die ständig sich verschärfende Krise verringert die Illusionen der Massen über das kapitalistische System beträchtlich und die Bereitschaft zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse steigt von Tag zu Tag, obwohl die revolutionäre Perspektive noch weitgehend fehlt. Die Bourgeoisie andererseits muß die Ausbeutung ernorm verschärfen, um im nationalen sowie internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können und steckt somit in einem Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen gibt. Auf internationaler Ebene wird sie von den Ländern der Dritten Welt zu großen Zugeständnissen gezwungen, während sie im „eigenen" Land immer stärker von den Massen des Volkes bedrängt wird.

Wenn wir die Widersprüche und ihre Entwicklung sehen und verstehen, können wir mit Recht behaupten, daß die Lage ausgezeichnet ist, vor allem können wir unseren Kampf danach ausrichten. Die Lage wird allerdings keineswegs ausgezeichnet sein, wenn wir nicht unsere Strategie und Taktik auf die Situation aufbauen und mit größtmöglichem Einsatz unserer Kräfte konsequent den revolutionären Kampf führen. Uns als revolutionärer Vorhut des Proletariats fällt in erster Linie die große und verantwortungsvolle Aufgabe zu, den Kämpfen der Massen die richtige Stoßrichtung zu verleihen, indem wir aus der Stimmung der Massen unsere Schlüsse ziehen und den Marxismus-Leninismus auf die konkrete Situation anwenden. Sind wir dazu nicht in der Lage, erfüllen wir nicht die Aufgaben, die Marxisten-Leninisten als Avantgarde der Arbeiterklasse aufgezwungen ist. Mao Tsetung sagt: „*Wenn man sich mit den Massen verbinden will, muß man den Bedürfnissen und Wünschen der Massen entsprechend handeln. Bei jeder Arbeit, die für die Massen geleistet wird, muß man von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen und nicht von irgendwelchen persönlichen Wünschen, und seien diese noch so wohlmeinend. Es kommt sehr oft vor, daß die Massen zwar objektiv bestimmter Reformen bedürfen, subjektiv sich aber dessen noch nicht bewußt sind, sich noch nicht entschlossen haben oder noch nicht den Wunsch hegen, die Reformen vorzunehmen: dann müssen wir geduldig abwarten. Erst dann, wenn durch unsere Arbeit den Massen in ihrer Mehrheit das betreffende Bedürfnis zum Bewußtsein gekommen ist, wenn sie ihren Entschluß gefaßt haben und selbst den Wunsch hegen, die Reform durchzuführen, können wir an diese Arbeit schreiten; sonst könnten wir uns von den Massen loslösen. Jede Tätigkeit, bei der die Teilnahme der Massen erforderlich ist, wird zu einer bloßen Formsache werden und Schiffbruch erleiden, wenn das Bewußtsein und der Wille der Massen fehlen.*

Hier gibt es also zwei Prinzipien. Das eine lautet: Man muß von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht aber von solchen, die wir uns einbilden. Das andere besagt: Die Massen müssen es selbst wünschen, der Entschluß muß von den Massen selbst gefaßt werden, nicht aber von uns an ihrer statt." („Worte", S. 147)

Zugegebenermaßen ist es schwierig, in einer „Friedensphase" (d.h. einer nichtrevolutionären Situation) revolutionäre Strömungen in den Massen zu entdecken, zumal solche erst im Keim vorhanden sind. Es darf uns aber nicht dazu verleiten, eine Politik ohne Massen zu entfalten.

Im Gegenteil, gerade in unserer Situation ist unsere größte Pflicht die Entfaltung einer Politik in den Massen, die darauf abzielt, die ideologischen Bastionen der Bourgeoisie und ihrer Agenten niederzureißen und den Marxismus-Leninismus in den Massen zu verankern. Dieser revolutionäre Kampf um die Massenbasis ist sehr mühsam und erfordert unendlich viel Geduld, wobei Erfolge erst nach längerer Zeit sichtbar sein werden. Dieser revolutionäre Kampf muß aber unbedingt geführt werden, da erst er die Voraussetzungen für den revolutionären Kampf der Massen schaffen kann. Dieser langwierige Kampf um die Verankerung der revolutionären Ideologie in den Massen hat als erstes Ziel den Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats, die allein einmal als Generalstab der Revolution fungieren kann. Wir dürfen uns also nicht durch anfängliche Mißerfolge und teilweises Unverständnis der Massen entmutigen lassen, sondern müssen konsequent den Aufbau der Partei vorantreiben, indem wir unermüdlich die Massenlinie verfolgen, wie schwierig das auch vorerst sein mag! Auch die Zeit arbeitet für uns, denn je schärfer und deutlicher die Widersprüche des kapitalistisch-imperialistischen Systems sichtbar werden, desto bereitwilliger werden die Massen unsere Arbeit unterstützen und fördern und den Marxismus-Leninismus aufnehmen!

Vorwärts im revolutionären Kampf um die revolutionäre Partei des Proletariats! ●

„Im revolutionären Kampf gewinnen manchmal die ungünstigen Bedingungen die Oberhand über die günstigen Bedingungen; dann sind die Schwierigkeiten die Hauptseite des Widerspruchs, und die günstigen Bedingungen rücken auf den zweiten Platz. Dank ihren Anstrengungen gelingt es jedoch den Revolutionären, Schritt für Schritt der Schwierigkeiten Herr zu werden und eine neue, günstige Situation zu schaffen; an Stelle der ungünstigen Situation tritt also eine günstige Situation."

„Wenn irgendeine Aufgabe zu lösen ist (gleichgültig welche), diesbezüglich aber noch kein politischer Kurs, keine Methode, kein Plan, keine Richtlinie vorhanden ist, dann wird die Ausarbeitung des entsprechenden Kurses, der Methode, des Plans oder der Richtlinie zum Hauptsächlichen, Entscheidenden."



Zur Frage der Einheit

Diese beiden Stellen aus dem Werk Mao Tsetungs „Über den Widerspruch" sind in der gegenwärtigen Phase des Kampfes um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten sehr lehrreich. Uns allen ist klar, daß der Aufbau der proletarischen Partei die wichtigste Voraussetzung für den revolutionären Kampf ist, den die Volksmassen in unserem Land früher oder später führen werden, um sich von der Bürde des kapitalistischen Ausbeutersystems zu befreien. Der Ausgang dieses Kampfes hängt ausschließlich davon ab, ob die revolutionäre Partei die richtige Linie verfolgt, ob sie tief genug in den Massen verankert ist und nicht wie ihre Vorgänger im Sumpf des Opportunismus erstickt. Es liegt an uns, eine Partei aufzubauen, die aus den Fehlern ihrer Vorgänger lernt, sich striktest an die Anwendung der Wissenschaft des dialektischen Materialismus, des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen auf die jeweilige Situation hält, eisern das Prinzip von Kritik und Selbstkritik einhält, den unerbittlichen Kampf gegen jede Art von Opportunismus führt und stets die revolutionäre Massenlinie verfolgt. Wer nicht bereit ist, den revolutionären Kampf unermüdlich zu führen, soll sich lieber von dieser Partei fernhalten, deren Ziel nur durch die Bewältigung einer Unmenge von Aufgaben, durch härteste und konsequenteste Arbeit und den ständigen revolutionären Kampf um die richtige Linie erreicht werden kann.

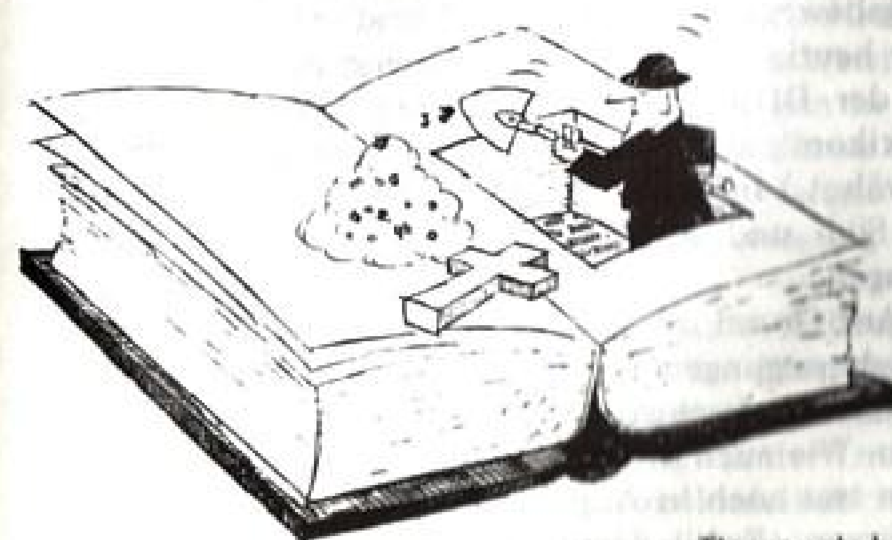
Mao Tsetung sagt in seinem großartigen Werk „Über den Widerspruch" nicht, daß die Schwierigkeiten von selbst verschwinden, sondern daß es den Revolutionären dank ihrer Anstrengungen gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden und eine neue, günstige Situation zu schaffen. Welche Anstrengungen müssen nun wir unternehmen, um eine günstigere Situation bezüglich der Einheit zu schaffen?

Zur Zeit ist es so, daß es wohl eine Reihe von Gruppen gibt, die sich alle als „Marxisten-Leninisten" bezeichnen, zwischen ihnen aber eine Reihe unüberwindlicher Differenzen bestehen, wie es den Anschein hat. Jede dieser Gruppen hat gewisse „Einschätzungen" der Situation in Österreich, von denen sie nicht im geringsten abzuweichen bereit ist. Es ist allerdings eine Tatsache, daß es in Österreich eine ganz bestimmte Situation gibt und daß es genau eine Möglichkeit gibt, diese richtig „einzuschätzen", nämlich die vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus. Natürlich behauptet jede Gruppe, sie tue das. Von drei „Einschätzungen" kann aber höchstens eine richtig sein, wobei durchaus die Möglichkeit besteht, daß alle drei falsch sind. Diese Widersprüche zwischen den „richtigen Einschätzungen" sind also in Wirklichkeit Widersprüche zwischen verschiedenen Gruppen, von denen höchstens eine, unter Umständen aber auch keine recht haben kann. Woher kommen aber dann die falschen „Einschätzungen? In seinem Werk „Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?" schreibt Vorsitzender Mao Tsetung: *Die richtigen Ideen der Menschen können nur aus der gesellschaftlichen Praxis herrühren, nur aus dem Produktionskampf, dem Klassenkampf und dem wissenschaftlichen Experiment — diesen drei Arten der gesellschaftlichen Praxis. Das gesellschaftliche Sein der Menschen bestimmt ihr Denken."* Auch die sogenannten „Einschätzungen" kommen nicht zufällig von irgendwoher, sondern haben eine reale Basis in unserer Gesellschaft. Die chinesischen Genossen mit Vorsitzendem Mao an der Spitze haben in ihrer Konfuzius-Lin Biao-Kampagne deutlich aufgezeigt, wie sich die verschiedenen Strömungen auch in der Partei durchsetzen können. Sollte Österreich hier eine Ausnahme bilden?

Eine genaue Untersuchung aller dieser sogenannten „Einschätzungen" unter strikter Einhaltung der wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des dialektischen Materialismus wird ihre gesellschaftlichen Grundlagen ans Licht bringen und den Genossen, die für die Errichtung der Volksmacht in Österreich und nicht für die Durchsetzung irgendwelcher „Linien" sind, die Möglichkeit geben, falsche Ansichten zu korrigieren. Die ehrliche Bereitschaft zu Kritik und Selbstkritik ist dabei eine Voraussetzung. Um die Differenzen beseitigen zu können, muß in erster Linie ideologische Klarheit geschaffen werden, ohne die der Aufbau der revolutionären Partei des österreichischen Proletariats völlig undenkbar ist.

Wie soll aber nun diese ideologische Klarheit hergestellt werden. Das „Phänomen", daß jeder für sich

die Richtigkeit seiner „Einschätzungen" beansprucht und diese auch ohne weiteres mit allen möglichen Zitaten der Klassiker „belegt", zeigt ganz deutlich, daß mit einem oberflächlichen Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus noch nichts getan ist, im Gegenteil, diese werden dann „verwendet", um irgendwelche „Theorien" zu „belegen". Man stellt also zuerst eine „Theorie" auf und „belegt" sie dann. So machen es auch die Pfaffen, dieses Vorgehen ist allerdings den Marxisten-Leninisten völlig fremd, denn es hat mit wissenschaftlicher An-



„Theorien belegen"
wie der Pfarrer aus der Bibel?

wendung proletarischer Prinzipien überhaupt nichts zu tun. Die russische und die chinesische Revolution sind nicht „Musterbeispiele" für alle anderen Revolutionen, die Schriften Lenins und Mao Tsetungs keine „Rezepte" für nachfolgende Revolutionen, sondern zeigen uns, daß der revolutionäre Kampf nur dann siegreich sein kann, wenn er nach den wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus geführt wird, die auf die jeweilige Situation angewendet werden. Außer den Schriften, die sich auf die konkrete Situation ihrer Zeit bezogen, haben uns die Klassiker des Marxismus-Leninismus auch viele Werke hinterlassen, in denen sie sich eingehend mit den theoretischen Grundlagen des dialektischen Materialismus befaßt haben. Die Aneignung der Denkmethoden des dialektischen Materialismus ist für uns der einzige Weg, um von den „Einschätzungen" zu genauen wissenschaftlichen Analysen hinzukommen, die für die Erstellung einer revolutionären Strategie von höchster Bedeutung und somit unerläßlich sind.

„Dank ihren Anstrengungen gelingt es jedoch den Revolutionären, Schritt für Schritt der Schwierigkeiten Herr zu werden und eine neue, günstige Situation zu schaffen", sagt Mao Tsetung. Um die für den Aufbau der revolutionären Partei notwendige ideologische Klarheit herstellen zu können, um im revolutionären Kampf gegen den Opportunismus siegreich bestehen zu können, um aus dem Chaos von „Linien" die klare Linie des Marxismus-Leninismus herauszufinden, müssen wir uns anstrengen. Der Opportunismus wird nicht von selbst verschwinden. Indem wir aber intensiv die theoretischen Werke der Klassiker studieren, insbesondere und an erster Stelle „Über den Widerspruch", und auf die Praxis anwenden, werden wir den Opportunismus aus unseren Reihen vertreiben, und die ungünstigen Bedingungen, die durch das Treiben dieses heimtückischesten Feindes der Revolution in unseren Reihen verursacht worden sind, durch unsere Anstrengungen in Form des revolutionären Studiums in günstige Bedingungen für den Aufbau der revolutionären Partei verwandeln.

Die derzeitige Lage in Österreich sowie auf der ganzen Welt läßt bereits deutlich die immer stärker aufkommende revolutionäre Strömung erkennen. Der revolutionäre Kampf, den die revolutionäre Einheitsfront der Länder der Dritten Welt gegen den Imperialismus, insbesondere gegen den Imperialismus der beiden Supermächte führt, schafft immer bessere Bedingungen für die revolutionären Kämpfe der Massen in den imperialistischen Ländern, auch in Österreich. Können wir es vor den Massen verantworten, wenn wir nicht unverzüglich darangehen, Voraussetzungen für die Errichtung der revolutionären Partei des Proletariats zu schaffen, indem wir die Einheit der Marxisten-Leninisten auf der Basis des Marxismus-Leninismus herstellen? Wollen wir etwa warten, bis ein neuer Hitler auftaucht und die Massen mit demagogischem Geschwätz hinter seine Fahnen bringt? Dürfen wir uns überhaupt noch als Revolutionäre, Marxisten-Leninisten, Vorhut des Proletariats usw. bezeichnen, wenn wir nicht einmal unsere Differenzen überwinden können? Jeder Versuch, irgendwelche „Theorien" der genauen Untersuchung zu entziehen und von der Diskussion auszuklammern, sie im Zeichen einer „Einheit" aber faktisch der Bewegung aufzuzwingen, kommt einer ak-



Oder warten, bis uns wieder ein Führer den Weg weist?

tiven Unterstützung des Klassenfeinds gleich. Dessen müssen wir uns bewußt sein und uns danach richten, wenn wir uns nicht nur Marxisten-Leninisten nennen, sondern revolutionäre Marxisten-Leninisten sein wollen.

K. M., Wien ●

ANGOLA:

Der russische Sozialimperialismus zeigt seine nackte Fratze

Nach dem Sturz des faschistischen Regimes in Portugal ist der Befreiungskampf der Völker in den von Portugal beherrschten Ländern Afrikas in sein Endstadium getreten. Seitdem beschäftigen sich die Massenmedien besonders mit Angola. Gemäß ihrer Aufgabe, im Sinne ihrer kapitalistischen Auftragsgeber die Massen zu manipulieren und zu verwirren, beschäftigen sich jetzt alle Zeitungen — angefangen von der „Presse" bis zur „Volksstimme" mit der Entwicklung in diesem Land. Kernstück der jetzt gehäuften Meldungen: In Angola existieren drei Befreiungsbewegungen, von denen eine — die „marxistische", „kommunistische" — in Luanda (der Hauptstadt Angolas) säße und von den beiden anderen — „prowestlich eingestellten" — Befreiungsbewegungen bekämpft würde. Quasi als Bestätigung dafür liest man im österreichischen Revisionistenblättchen „Volksstimme", daß es in Angola nur eine „wirkliche" Befreiungsbewegung gäbe, eben die genannte „marxistische", die anderen wären in Wirklichkeit nur „Agenten des Imperialismus" usw.

Die Kolonialherren säten im Interesse ihrer Herrschaft Zwietracht unter den Völkern Angolas!

Zum richtigen Verständnis ein kurzer Rückblick: Angola umfaßt ein riesiges Gebiet, ungefähr so groß wie Westdeutschland, Frankreich und Italien zusammengenommen. Es liegt an der Westküste Afrikas. Die nur etwas über sechs Millionen Einwohner dieses Riesengebietes gehören der Vielvölkergruppe der Bantu an, von der drei verschiedene Völker im heutigen Gebiet von Angola angesiedelt sind, wovon die gleichen Volksstämme im Norden des Landes und im angenzenden Zaire (früher Belgisch-Kongo) leben.

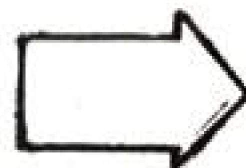
An der Küste Nordangolas errichteten auch vor ca. 500 Jahren portugiesische Eroberer ihre ersten Stützpunkte. Von dort aus unternahmen sie ihre Raub- und Plünderungszüge in das Landesinnere. Vor allem verschleppten sie im Laufe der Zeit Millionen von Einwohnern als Sklaven nach Südamerika und dezimierten auf diese Weise die Bevölkerung.

Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann zusammen mit den Kolonialkriegen der anderen imperialistischen Mächte der Eroberungskrieg der Portugiesen, bis sie 1926 das heutige Gebiet Angolas unter ihrer Herrschaft „einigten". „Einigten" deshalb unter Anführungszeichen, weil die Portugiesen, wie alle Kolonialherren, nach dem alten Wort „Teile und herrsche", die unterdrückten Völker gegeneinander auszuspielen versuchten.

Die Befreiungsbewegungen entwickeln sich

Als das heutige Zaire 1961 die belgische Kolonialherrschaft abschüttelte, war es fast logisch, daß in den angrenzenden Gebieten Angolas — also in Nordangola — die erste Befreiungsbewegung Angolas entstand. Diese nannte sich auch ursprünglich „Befreiungsbewegung Nordangolas" und wurde dann erst zur heutigen FNLA. (Diese Bewegung wird auch im in der DDR im Jahre 1962 erschienenen „Mayers Lexikon" als einzige Befreiungsbewegung Angolas erwähnt.) Im Laufe der folgenden Jahre entstanden in Süd- und Mittelangola weitere Befreiungsbewegungen.

Auf Grund der erfolgreichen Kämpfe aller Befreiungsbewegungen in allen portugiesischen Kolonien brach das faschistische System in Portugal zusammen. Wie auch in den anderen portugiesischen Kolonien trat auch in Angola, der größten und an Naturschätzen (Erdöl, Uran, Wasserkraft, Kupfer, Eisen, Diamanten usw.) reichsten Kolonie, der Befreiungskrieg in seine Endphase. Es waren alle Chancen gegeben, daß sich die drei Befreiungsbewegungen vereinigen, um den letzten Akt der Befreiung durchzuführen und schließlich die Völker Angolas in einem Staat zu vereinigen. Es kam auch zu einer Vereinbarung über eine gemeinsame Regierung.



Die russischen Sozialimperialisten schüren den Bruderkrieg, um sich in Angola festzusetzen!

In dieser Phase trat der russische Sozialimperialismus massiv auf den Plan. In ihrem Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft mit dem Rivalen USA machen die Sozialimperialisten schon seit Jahren die größten Anstrengungen, in Afrika Fuß zu fassen. Der Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialmacht war für sie nun ein gefundenes Fressen. Zum Unterschied zur Zeit der schweren Partisanenkämpfe, in der von ihrer „Hilfe" nicht viel zu sehen und zu hören war, boten sie jetzt ihre „hilfreiche Hand" an. Mit Hilfe ihrer portugiesischen revisionistischen Agentur gelang es ihnen, vor allem in der Hauptstadt Luanda Fuß zu fassen. Menschen und Material rollten und rollen in rauhen Mengen an, ohne von der dortigen Befreiungsbewegung ein „Bitte oder Danke" abzuwarten. Und auch sonst läuft alles nach bekanntem, sozialimperialistischem Schema F, wenn es den Russen darum geht, strategisch wichtige Stützpunkte (und Angola ist von hervorragender strategischer Bedeutung) in der Dritten Welt zu erobern und nebenbei neokolonialistisch die Reichtümer des betreffenden Landes auszubeuten.

Die eine Befreiungsbewegung, bei der man sich eingeschlichen hatte, wurde flugs als progressiv aufpoliert, als einzige als antiimperialistisch erklärt, während die anderen als proimperialistische Clique verteufelt wurden. Alle bestehenden ethnischen Differenzen und Gegensätze wurden durch Intrigen gekonnt hochgespielt. Kurz und gut: Die russischen Sozialimperialisten unternahmen und unternehmen alles, um die Einigung der Befreiungsbewegungen, die einige Male in Sicht gekommen war, zu verhindern. Mit der Anwendung aller Register der Intrige ging es ihnen darum, die Befreiungsbewegungen in militärischen Aktionen aufeinanderzuhetzen.

Russisches „Signal" für neuerliche Unterwerfung Angolas!

Mit Begeisterung nahmen die „alten" Imperialisten und ihre Verbündeten und Lakaien diese „Initiative" Rußlands auf und beteiligten sich eifrigst an diesem Ränkespiel. So wurde eben eine Bewegung — wie eingangs erwähnt — „kommunistisch" getauft, die anderen „prowestlich" und „natürlich" auch mit Waffen und Menschen „unterstützt".

Wir wissen, daß der Imperialismus seine Herrschaft und seine Herrschaftsgebiete niemals freiwillig fahren lassen wird. In Angola erleben wir nun, daß der raubgierige, nach der Weltherrschaft strebende russische Sozialimperialismus in einer verbrecherischen Intrige gegen ein unabhängiges Angola die Führung übernommen hat. Die Führung im Bemühen übernommen hat, um in einem Land der Dritten Welt das Rad der Geschichte zurückzudrehen! Es sollen die Völker Angolas der Früchte ihres Freiheitskampfes beraubt werden! Und die Freiheitskämpfer selbst sollen zu Kanonenfutter eines imperialistischen Krieges umgewandelt werden, der nur allzuleicht zur Generalprobe eines imperialistischen Weltkriegs werden könnte!

Der Stein, den sie aufgehoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen!

Jedoch, überall in der Welt und nicht zuletzt in Afrika steht die Revolution und nicht die Konterrevolution, steht der antiimperialistische Kampf und nicht die imperialistische Reaktion auf der Tagesordnung. Weder Rußland, das mit allen Mitteln militärischer Brutalität, wirtschaftlicher und politischer Erpressung die Inszenierung eines Bruderkriegs betreibt noch ihre imperialistischen Konkurrenten um die Weltherrschaft werden auf die Dauer verhindern können, daß letzten Endes die Völker Angolas vereint ihre alten und neuen Unterdrücker verjagen werden.

Die Machthaber in Rußland haben aber im Kampf um Angola ihre Maske der „Internationalisten", der „uneigennützigen und natürlichen Verbündeten" der Dritten Welt fallen lassen und zeigen ihre nackte Fratze als raubgierige und kriegstreiberische Imperialisten. ●